

Begründung  
zum Bebauungsplan

Müller  
Bürgermeister

Langenargen Mitte II

1. Erfordernis der Planung

Der räumliche Geltungsbereich dieses Bebauungsplanes ist als ein im Zusammenhang bebauter Ortsteil im Sinne des § 34 Abs. 1 BauGB einzustufen. Nach dem vorhandenen Baubestand entspricht er keinen der Baugebiete der Baunutzungsverordnung. Die planungsrechtliche Zulässigkeit von Vergnügungsstätten ist damit nicht abschließend geregelt.

2. Ziele und Zwecke der Planung

Eine umfassende Überplanung des Gebietes nach der Art der zulässigen baulichen Nutzung mit dem Ziel der Festsetzung eines Baugebietes nach der Baunutzungsverordnung würde aufgrund der vorhandenen Gemengelage auf unverhältnismäßige Schwierigkeiten stoßen und ist aus städtebaulichen Gründen nicht erforderlich.

Um jedoch eine Beeinträchtigung der vorhandenen Wohnnutzung und der schutzbedürftigen Anlagen wie Kirchen, Schulen und Kindertagesstätten zu vermeiden sowie um die weitere städtebauliche Funktionsfähigkeit des Gebietes zu gewährleisten, ist es erforderlich, die Zulässigkeitsvoraussetzungen für Vergnügungsstätten in einem Bebauungsplan festzusetzen.

3. Bestehende Rechtsverhältnisse

Bestehende Rechtsverhältnisse für den räumlichen Geltungsbereich des Bebauungsplanes bleiben durch diesen Bebauungsplan unberührt.

Langenargen, 22.06.1992.  
Bürgermeisteramt

Müller  
Bürgermeister

Die Übereinstimmung vorstehender  
Fotokopie mit dem Original bestätigt.

Langenargen, 4. Sep. 1992  
Bürgermeisteramt:

